

# Europarat

Michèle Roth

Öffentliche Aufmerksamkeit erregte der Europarat von Juli 2006 bis Juni 2007 mit seinen Untersuchungen zu den CIA-Entführungen und möglichen Geheimgefängnissen der USA in Europa. Doch auch die Schlussfolgerungen aus dem im Frühjahr 2006 vorgelegten Bericht von Jean-Claude Juncker über die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der EU und die Entwicklungen in Russland beschäftigten die Organisation vorrangig.

Die Zahl der Mitgliedstaaten erhöhte sich von 46 auf 47. Jüngstes Mitglied ist Montenegro, das nach einer positiven Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PVdER) am 11. Mai 2007 vom Ministerkomitee in die Organisation aufgenommen wurde. Das Land hatte den Antrag auf Mitgliedschaft unmittelbar nach seiner durch Abstimmung erfolgten Loslösung von Serbien gestellt. Mit dem Beitritt verpflichtete sich Montenegro unter anderem zur Verabschiedung der mit Hilfe des Europarats erarbeiteten neuen Verfassung innerhalb eines Jahres.

Einen neuen Versuch der Annäherung an Weißrussland, dem letzten „weißen Flecken“ auf der Landkarte des Europarats, unternahm der Präsident der PVdER, René van der Linden, Ende Januar 2007 mit einer Reise nach Minsk. Der Gaststatus Weißrusslands war 1997 suspendiert worden. Ein Treffen mit Präsident Lukaschenko lehnte van der Linden strikt ab; er traf sich mit Parlamentariern der Regierungsparteien und der Opposition, dem Außen- und dem Kulturminister sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Bei all diesen Personen habe er eine große Offenheit dafür gespürt, sich ernsthaft den europäischen Strukturen anzunähern. Nun hoffe er auf ein deutliches Zeichen aus Minsk, insbesondere auf ein Todesstrafe-Moratorium und die Freilassung politischer Gefangener. Zugleich kritisierte van der Linden das allgemeine Einreiseverbot der EU für weißrussische Bürger.<sup>1</sup>

Nachdem die maximale geographische Erweiterung des Europarats beinahe erreicht ist, häufen sich Überlegungen, verstärkt über die Grenzen Europas hinaus zu wirken. So regte die PVdER im Sommer 2006 an, die Beziehungen zu Ländern mit Beobachterstatus weiter auszubauen und die Kontakte zu gefestigten Demokratien zu stärken. Darüber hinaus sollen die Erfahrungen bei der Unterstützung der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa für die zentralasiatischen Länder nutzbar gemacht werden. Auch über die Öffnung einiger Kern-Konventionen, allen voran der Europäischen Menschenrechtskonvention, für Nichtmitgliedstaaten wird nachgedacht. Die Verbindungen zu anderen internationalen Organisationen sollen gestärkt werden, etwa durch die Einrichtung ständiger Vertretungen des Europarats in Städten wie New York, Genf oder Wien.<sup>2</sup> In seiner Antwort auf die Vorschläge der PVdER betonte das Ministerkomitee allerdings, dass der Schwerpunkt der Ratstätigkeit auch auf künftig auf Europa liegen müsse.<sup>3</sup>

---

1 Der Europarat streckt Fühler nach Minsk aus. Sondierungen von Möglichkeiten zur Hilfe aus der Isolation, in: Neue Zürcher Zeitung, 01.02.2007.

2 PVdER: External relations of the Council of Europe, Res. 1506, Straßburg 26.06.2006.

3 PVdER: External relations of the Council of Europe. Recommendation 1753 (2006). Reply from the Committee of Ministers, Dok. 11133, Straßburg, 22.01.2007.

Mit einer öffentlichen Veranstaltung in Madrid und einem Aktionstag in diversen Parlamenten der Mitgliedstaaten startete der Europarat am 27. November 2006 eine Kampagne zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen. Auch Mexiko hat sich der Aktion angeschlossen. Ziel der Kampagne ist es zum einen, ein größeres Bewusstsein in der Öffentlichkeit für diese zahlenmäßig weltweit häufigste Form der Menschenrechtsverletzung zu schaffen, und zum anderen, die entsprechende Gesetzgebung in den einzelnen Mitgliedstaaten zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern. Deutschland beteiligt sich nicht an der Kampagne.<sup>4</sup>

### Die Arbeit in den Organen des Europarats

Dem Entscheidungsorgan des Europarats, dem aus den Außenministern der Mitgliedstaaten zusammengesetzten Ministerkomitee, saßen Russland (19. Mai 2006 – 15. November 2006) und San Marino (15. November 2006 – 11. Mai 2007) sowie Serbien (seit 11. Mai 2007) vor. Das Ministerkomitee tagte vom 10.-11. Mai 2007. Es verabschiedete ein Memorandum of Understanding mit der EU als erstes Ergebnis der Debatte über die Neuausrichtung der Beziehungen zwischen den beiden Organisationen. Begonnen hatte der Diskussionsprozess auf dem Warschauer Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Europarats mit dem Auftrag an Jean-Claude Juncker, einen entsprechenden Bericht zu verfassen. Junckers Bericht vom April 2006, der dem Europarat im Menschenrechtsbereich die führende Rolle zuschrieb, war von der EU mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Das Memorandum of Understanding hält hierzu fest, dass „der Europarat der Maßstab für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte“ bleibt. Ein möglicher Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention soll weiter geprüft werden. Eine verstärkte Kooperation in verschiedenen Feldern wird dann angestrebt, wenn ein Mehrwert daraus resultiert.<sup>5</sup> Der Endentwurf des Memorandums war der PVdER nur wenige Tage vor ihrer Aprilsitzung vorgelegt worden. In ihrer Stellungnahme zeigte sich die PVdER enttäuscht darüber, dass das Ministerkomitee viele von der Versammlung ausdrücklich unterstützte Empfehlungen des Juncker-Berichts ignoriert hatte. Die PVdER kritisierte vor allem, dass das Papier wenig konkret sei und keine Verpflichtungen zu substanzieller verstärkter Zusammenarbeit enthalte. Im Ergebnis werde es deshalb nicht den Weg zu einer intensiveren Kooperation zwischen den beiden Institutionen bereiten. Sollte das Ministerkomitee die in ihrer Stellungnahme aufgeführten wesentlichen Ergänzungsvorschläge nicht berücksichtigen, werde die PVdER das Dokument als nicht im Einklang mit den Beschlüssen des Warschauer Gipfels betrachten. Es wäre ohne jeglichen Mehrwert. Von den 23 Forderungen der PVdER berücksichtigte das Ministerkomitee in der Endfassung nur drei vollständig, darunter den oben zitierten Passus.<sup>6</sup>

Die PVdER, die nach der Aufnahme Montenegros auf 636 Mitglieder (inkl. Stellvertretern) angewachsen ist, war auch 2006/2007 die treibende Kraft der Organisation. Sie tagte unter ihrem Vorsitzenden René van der Linden vom 2.-6. Oktober 2006, vom 22.-26. Januar 2007, vom 16.-20. April 2007 und vom 25.-29. Juni 2007. In der Oktober-Session debattierte die PVdER schwerpunktmäßig über die Situation auf dem Balkan. Im Januar standen das Kosovo und der Schutz von Journalisten sowie der Pressefreiheit im Vordergrund. Im April

---

4 Vgl. <http://www.coe.int/stopviolence>.

5 Memorandum of Understanding between the Council of Europe and the European Union, CM(2007)74, Straßburg, 10.05.2007.

6 PVdER: Opinion No. 262 (2007). Memorandum of understanding between the Council of Europe and the European Union, Straßburg 19.04.2007.

widmete sich die PVdER einen ganzen Tag lang dem Stand von Demokratie und Menschenrechten in Europa. Im Juni schließlich ging es neben dem zweiten Bericht von Dick Marty auch um den interkulturellen Dialog sowie um den Anstieg des Antisemitismus in Europa.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, der die Organisation und seine Mitglieder zu Fragen der kommunalen und regionalen Demokratie berät, hielt seine jährliche Plenarsitzung vom 30. Mai – 1. Juni 2007 ab. Der Kongress verabschiedete u.a. Empfehlungen zum Klimaschutz auf regionaler und lokaler Ebene, zum Status von Hauptstädten, zur Spracherziehung in Minderheiten- und Regionalsprachen, zur Gesundheitsfürsorge in ländlichen Gebieten und zu den Herausforderungen für periphere, dünnbesiedelte Regionen. Im Rahmen der Jahrestagung feierte der Kongress sein 50jähriges Bestehen, das als Ständige Konferenz der Gemeinden Europas 1957 begonnen hatte.

Generalsekretär und oberster Chef der 1 800 Mitarbeiter am Straßburger Sitz der Organisation ist weiterhin der Brite Terry Davis, seine Stellvertreterin Maud de Boer-Buquichio wurde am 26. Juni 2007 von der PVdER für eine weitere fünfjährige Amtszeit bestätigt. Das ordentliche Budget des Europarats für das Jahr 2007 beträgt 197 Millionen Euro.

### **Neuerungen bei den Europaratsverträgen**

Erstmals seit vielen Jahren fügte der Europarat im Berichtszeitraum seinen rund 200 Konventionen und Zusatzprotokollen keine weiteren hinzu. Weit fortgeschritten ist die Ausarbeitung eines Abkommen zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch. Am 1. Juni 2007 neu in Kraft trat die 2005 beim Dritten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats zur Zeichnung aufgelegte Konvention zur Terrorismusprävention.<sup>7</sup>

Verstärkt arbeitet der Europarat an einer verbesserten Durchsetzung seiner bestehenden Rechtsinstrumente. So prüfte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie der PVdER, wie die revidierte Fassung der Europäischen Sozialcharta von 1996 effektiver gestaltet und zu einem Referenzdokument für Europa werden kann. Als ersten Schritt müsse die Charta unter den politischen Entscheidungsträgern und in den Bevölkerungen bekannter werden. Die PVdER forderte die Mitgliedstaaten entsprechend auf, bei künftigen Reformen im Sozialbereich die wesentlichen Elemente der Charta aufzugreifen. Neue Regeln seien notwendig hinsichtlich der Liberalisierung von Arbeitsmärkten und Dienstleistungen, die grundsätzlich positiv gesehen werde, aber die ungelöste Problematik divergierender Sozialstandards aufwerfe. Die PVdER rief die Mitgliedstaaten darüber hinaus dazu auf, nach Wegen zu suchen, die Sozialstandards auch in anderen Ländern zu verbessern, um der Globalisierung eine soziale Dimension zu geben.<sup>8</sup> Deutschland unterzeichnete die revidierte Sozialcharta am 29. Juni 2007.

### **CIA-Geheimgefängnisse und rechtswidrige Gefangenentransporte**

Nachdem im November 2005 amerikanische Medien und die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch die Vermutung geäußert hatten, dass in Europa geheime CIA-Gefängnisse existieren, wurde der Europarat bald zum Vorreiter eines auch im Berichtszeitraum noch andauernden Aufklärungsprozesses. Der von der PVdER eingesetzte Berichterstatter Dick Marty legte im Juni 2006 einen Bericht vor, der den Verdacht auf ein

7 European Treaty Series Nr. 196 (Stand Juni 2007: 32 Unterzeichnungen, 7 Ratifizierungen).

8 PVdER: Europe's social dimension: full implementation of the revised European Social Charter and evaluation of new labour regulations and minimum wages, Res. 1559, Straßburg 26.06.2007.

globales CIA-„Spinnennetz“ von geheimen Gefangennahmen und rechtswidrigen Überführungsflügen stärkte. In Polen und Rumänien vermutete Marty darüber hinaus geheime Gefangenenlager, deren Existenz er allerdings nicht beweisen konnte. 14 europäische Staaten, darunter Deutschland, wurden verdächtigt, an gesetzeswidrigen CIA-Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein oder diese zumindest wissentlich ignoriert zu haben.

Im September 2006 gab US-Präsident George W. Bush die Existenz von CIA-Geheimgefängnissen zu. Der Generalsekretär des Europarats und der Präsident der PVdER forderten daraufhin umgehend eine vollständige Aufklärung der Vorfälle sowie die Aufstellung klarer Verhaltensregeln zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen durch Geheimdienste, die auf dem Gebiet des Europarats tätig sind. Davis schlug des Weiteren vor, dass die Verpflichtungen zum Schutz der Grundrechte auch für Transitflüge durch Europa Geltung finden müssen und dass eine Regelung gefunden werden muss, die die Aufhebung der diplomatischen Immunität bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen erlaubt.<sup>9</sup>

Seine Kompetenz zu ermitteln nutzte der Europarat auch in den folgenden Monaten. Im Juni 2007 legte Dick Marty einen weiteren Bericht vor. Darin bezeichnete er die Existenz von Geheimgefängnissen („Black Sites“) in Polen und Rumänien als erwiesen. Sie seien direkt von der CIA betrieben worden. Scharf kritisierte er die bei den geheimen Überstellungen „kooperierenden“ Länder Italien und Deutschland. Sie hätten die Aufklärung auf nicht akzeptable und schlicht „schockierende“ Art und Weise aktiv behindert, indem sie die Sache als „Staatsgeheimnis“ deklariert hätten. Marty stützte sich vor allem auf die Aussagen von über 30 Ex-Geheimdienstlern, die allerdings anonym bleiben wollten. Die Bundesregierung wies die Vorwürfe umgehend zurück; sie habe „keine Erkenntnisse über derartige Transporte und Einrichtungen.“<sup>10</sup>

In der PVdER sorgte Martys Bericht für viel Zündstoff. Polnische und rumänische Abgeordnete forderten zur Ablehnung des Berichts auf und griffen Marty scharf an. Die PVdER sah jedoch die von Marty dargestellte Existenz der Geheimgefängnisse in Stare Kiejkuty (Polen) und Mihail Kogalniceanu (Rumänien) als erwiesen an und übernahm den Bericht.<sup>11</sup>

### **Monitoring: Russland erneut in der Kritik**

Von Juli 2006 bis Juni 2007 legte der Monitoring-Ausschuss Berichte zu Albanien, Armenien, Aserbaidschan und Monaco vor, in denen der Stand der Umsetzung der beim Beitritt eingegangenen Verpflichtungen überprüft wurde. Auch Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Russland, Serbien und die Ukraine unterliegen weiterhin dem Monitoring; Montenegro stößt nach seinem Beitritt neu zu dieser Gruppe. Post-Monitoring-Dialoge werden mit Bulgarien, Mazedonien und der Türkei geführt.<sup>12</sup>

In der Januar-Sitzung der PVdER standen zunächst die Monitoring-Berichte zu Albanien und Armenien zur Debatte. Der Bericht zu Albanien stellte insbesondere Mängel in der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung und bei der Korruptionsbekämpfung fest. Zudem fehle immer noch ein Gesetz zur Medienreform.<sup>13</sup> Die Bekämpfung der Korruption bleibt auch in Armenien das größte Problem. Begrüßt wurden die Verabschiedung

---

9 Europarat fordert vollständige Aufklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.09.2006.

10 Regierung streitet alles ab – Opposition verlangt restlose Aufklärung, in: Spiegel Online, 08.06.2007.

11 PVdER: Secret detentions and illegal transfers of detainees involving Council of Europe member states: second report, Resolution 1562 (2007), Straßburg, 27.06.2007.

12 Vgl. PVdER: Progress of the Assembly's monitoring procedure, Dok. 11214, Straßburg, 30.03.2007.

13 PVdER: Honouring of obligations and commitments by Armenia, Res. 1532, Straßburg, 23.01.2007.

der Verfassungsreform sowie der Aktionsplan der Regierung zur Verabschiedung von 51 Gesetzen innerhalb von zwei Jahren zur Umsetzung dieser Reform.<sup>14</sup> Im April diskutierte die PVdER den neuesten Monitoring-Bericht zu Aserbaidshan. Sie regte unter anderem eine Verfassungsreform an, um die Rolle des Parlaments zu stärken und die Gewaltenteilung zu verbessern, und sie gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Präsidentschaftswahl 2008 als erste Wahl seit dem Beitritt des Landes zum Europarat frei und fair verlaufen werde. Sie drängte das Land auch, die Probleme der politischen Gefangenen und der mangelnden Pressefreiheit endlich ernsthaft anzugehen.<sup>15</sup> Auch das Monitoring-Verfahren gegen Monaco wird auf Beschluss der PVdER vom 28. Juni 2007 fortgesetzt, da noch nicht alle beim Beitritt eingegangenen Verpflichtungen erfüllt sind.<sup>16</sup>

Unter besonderer Beobachtung stand Russland, das im Mai 2006 für ein halbes Jahr turnusgemäß die Präsidentschaft des Europarats übernommen hatte. Die PVdER forderte das Land im Oktober 2006 dazu auf, größeres Engagement bei strukturellen, rechtlichen und demokratischen Reformen zu zeigen. Der Forderungskatalog reichte dabei von der Klärung der Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft über die Schaffung eines gerechten Steuersystems und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bis zur Beschleunigung der Justiz- und Verwaltungsreform.<sup>17</sup> Im November 2006 reiste eine Delegation der PVdER nach Tschetschenien. Erstmals machten die Abgeordneten Fortschritte beim Wiederaufbau aus. Sie lobten die Aktivitäten von Menschenrechtsaktivisten, die allerdings über anhaltende Menschenrechtsverletzungen und die Ineffektivität des staatlichen Wiederaufbauprogramms geklagt hatten.<sup>18</sup> Diese Aussagen decken sich mit dem neuesten Bericht des Europarat-Komitees zur Verhütung von Folter, dessen Experten im September 2006 Tschetschenien besucht hatten. Sie beklagten in einer öffentlichen Stellungnahme vom 13. März 2007 anhaltende Folter, illegale Festnahmen, eine allzu zögerliche Untersuchung von Misshandlungsfällen sowie die Weigerung Russlands, mit dem Komitee zu kooperieren. In seiner öffentlichen Stellungnahme – eine solche hatte es zuletzt 2003 ebenfalls zu Tschetschenien gegeben – verzichtete das Komitee auf Forderungen oder Empfehlungen. Stattdessen fügte es dem Dokument einen ausführlichen Auszug aus dem nicht-öffentlichen Untersuchungsbericht mit den darin enthaltenen Empfehlungen an, ein bislang einmaliges Vorgehen des Komitees, das die Entschlossenheit des Gremiums ebenso unterstreicht wie eine gewisse Ratlosigkeit im Umgang mit einer kooperationsunwilligen russischen Regierung.<sup>19</sup>

### Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Nach gut achtjähriger Amtszeit schied der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), Luzius Wildhaber, am 18. Januar 2007 altershalber aus seinem Amt. Zu seinem Nachfolger wählten die Richter des EGMR ihren französischen Kollegen Jean-Paul Costa.

14 PVdER: Honouring of obligations and commitments by Albania, Res. 1538, Straßburg, 25.01.2007.

15 PVdER: Honouring of obligations and commitments by Azerbaijan, Res. 1545, Straßburg, 16.04.2007.

16 PVdER: Honouring of obligations and commitments by Monaco, Res. 1566, Straßburg, 28.06.2007.

17 PVdER: Europe's interest in the continued economic development of the Russian Federation, Res. 1523, Straßburg, 06.10.2006.

18 Europarat sieht Fortschritte in Tschetschenien. Besuch einer Delegation in Grosny, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.11.2006.

19 Vgl. European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment: Public statement concerning the Chechen Republic of the Russian Federation, CPT/Inf (2007) 17, Straßburg, 13.03.2007.

Beherrschendes Thema blieb die stetig wachsende Flut an Beschwerden. Sie hat zu einer derart immensen Überlastung geführt, dass „der Zusammenbruch des ganzen Systems“ droht, so die Gruppe der Weisen, die im November 2006 zehn Vorschläge zur Verbesserung der Situation vorlegte. Ihr zentraler Vorschlag, ein zweites Richterergremium („Judicial Committee“) einzusetzen, das die rund 90 Prozent unzulässigen Beschwerden herausfiltern soll, wird jedoch von Russland bislang abgelehnt. Als weitere Maßnahme regte die Gruppe der Weisen an, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, überlange Gerichtsverfahren und prozedurale Menschenrechtsverletzungen selbst anzugehen und angemessen zu entschädigen. Auch sollen die nationalen Gerichte besser mit dem EGMR zusammenarbeiten. Das vom EGMR bereits eingesetzte Instrument von „Pilot-Urteilen“ bei systembedingten Menschenrechtsverletzungen soll soweit wie möglich ausgedehnt und die Rolle des Europäischen Kommissars für Menschenrechte gestärkt werden. Auch eine Verkleinerung des Richterergremiums wurde von der Gruppe empfohlen.<sup>20</sup> Entscheidungen hierzu hat das Ministerkomitee noch nicht getroffen. Damit das Protokoll Nr. 14 zur EMRK, das dem Gerichtshof eine effizientere Arbeitsweise ermöglichen würde, in Kraft treten kann, fehlt als letzte Ratifikation diejenige Russlands.

Die Zahl der neu eingereichten Beschwerden stieg 2006 auf 50.500. Damit waren zum 31.12.2006 rund 89.900 Beschwerden hängig, fast 9.000 mehr als ein Jahr zuvor; zum 1. Juni 2007 waren es bereits 96.200 Beschwerden. Davon stammten 22,5 Prozent aus Russland, 11,6 Prozent aus Rumänien, 9,8 Prozent aus der Türkei und 8,4 Prozent aus der Ukraine. Die Zahl der gefällten endgültigen Urteile erhöhte sich 2006 erneut deutlich um 57 Prozent auf 1.498.<sup>21</sup> Die Türkei wurde in 312 Fällen verurteilt, Slowenien in 185, die Ukraine in 119 und Polen in 107.

Für besonderes Aufsehen sorgten Klagen gegen Polen und Norwegen. Die Straßburger Richter gaben einer Polin Recht, die trotz ärztlicher Empfehlung keine Abtreibungserlaubnis erhalten hatte und nach der Geburt des Kindes fast vollständig erblindet war. Polen wurde zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von 39.000 Euro verurteilt. Der polnische Ministerpräsident kündigte an, gegen das Urteil in Berufung zu gehen, da sonst die polnische Abtreibungsgesetzgebung gegen seinen Willen verändert werden müsste.<sup>22</sup> Noch offen ist der Ausgang des Verfahrens gegen Norwegen zur Entschädigung von Kindern deutscher Soldaten und norwegischer Mütter, die während der Besatzungszeit zwischen 1940 und 1945 gezeugt worden waren und in der Nachkriegszeit vielerlei Diskriminierungen – etwa Zwangsadoptionen – erlitten. Norwegen lehnt die Entschädigungsansprüche als verjährt ab.<sup>23</sup>

### Weiterführende Literatur

Benoît-Rohmer, Florence/Heinrich Klebes (Hrsg.): Das Recht des Europarats: auf dem Weg zu einem pan-europäischen Rechtssystem, Berlin/Münster 2006.

Brosig, Malte (Hrsg.): Human Rights in Europe. A Fragmented Regime?, Frankfurt/Main u.a. 2006.

Sticht, Monika: Der Beitrag des Europarats zur demokratischen Transformation in Mittel- und Osteuropa seit 1989 am Beispiel von Ungarn, Rumänien und Aserbaidschan, Berlin 2006.

---

20 Report of the Group of Wise Persons to the Committee of Ministers, CM(2006) 203, Straßburg, 15.11.2006.

21 Vgl. European Court of Human Rights: Survey of Activities 2006, Straßburg 2007.

22 Polen will Abtreibungsurteil aus Straßburg anfechten. Ankündigung Jarosław Kaczyńskis, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.06.2007.

23 Prügel für die Kinder des Krieges. In Norwegen wurden Nachkommen deutscher Soldaten diskriminiert – jetzt verklagen sie den Staat in Straßburg auf Entschädigung, in: Süddeutsche Zeitung, 13.03.2007.